

Atommüll- Endlagersuche

Anlass



Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima beschloss der Deutsche Bundestag im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zur gewerblichen Stromerzeugung bis zum Jahr 2022. Übrig bleiben 1900 Behälter mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Abfällen, die dauerhaft sicher endgelagert werden müssen. Bis zum Jahr 2031 soll laut Gesetz innerhalb Deutschlands der Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Müll gefunden werden - ergebnisoffen, transparent, nach gesetzlich festgelegten fachlichen Kriterien und unter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die einzelnen Verfahrensschritte regelt das Standortauswahlgesetz (StandAG).

Es wurde auf Basis der Empfehlungen der Endlagerkommission fortentwickelt und trat im Mai 2017 in Kraft.

***UN*Sere Zukunft gestalten!**

Atommüll- Endlagersuche Samtgemeinde Hanstedt ist dabei



54% der Fläche des Bundesgebietes und 80% der Fläche Niedersachsens sind noch im Verfahren

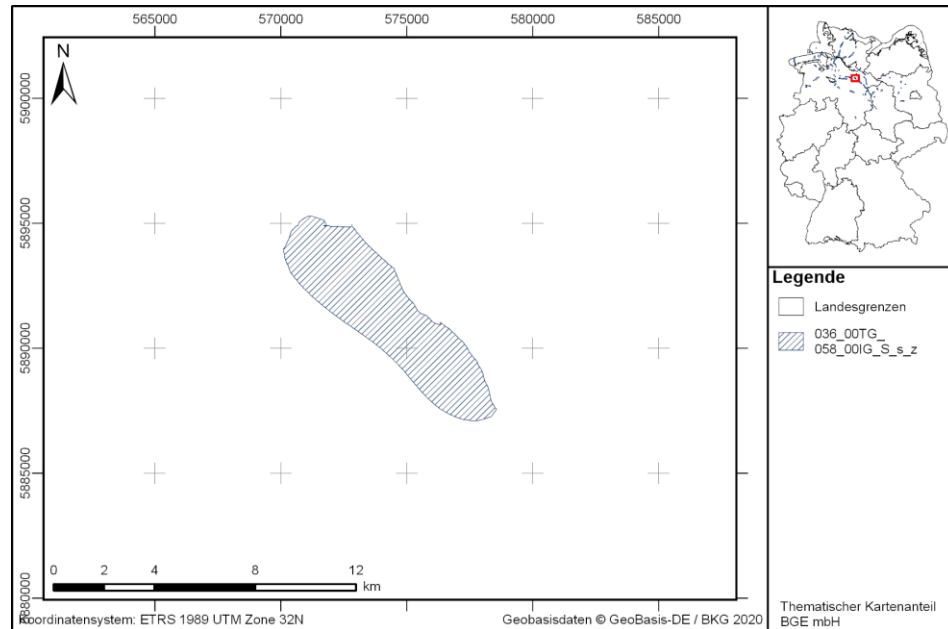


Tabelle 81: Charakteristika des Teilgebiets 036_00TG_058_00IG_S_s_z

Charakteristika des Teilgebiets 036_00TG_058_00IG_S_s_z	
IG-Kennung	058_00IG_S_s_z
Wirtsgesteinstyp und Konfiguration	Steinsalz in steiler Lagerung
Geographische Verortung	Das Teilgebiet befindet sich im Bundesland Niedersachsen, ca. 27 km südlich des Bundeslandes Hamburg.
Gesamtfläche	26 km ²
geologische Charakteristika	Das Teilgebiet befindet sich im Zechstein der Salzstruktur Egestorf-Sodersorf und weist eine Mächtigkeit von 710 Metern auf. Das Teilgebiet befindet sich in einer Teufenlage von 790 Metern bis 1 500 Metern unterhalb der Geländeoberkante.

UNSere Zukunft gestalten!

Atommüll- Endlagersuche

Gesetzliche Grundlage



Standortauswahlgesetz (StandAG)

regelt die Grundsätze des Auswahlverfahrens und die Formen der Bürgerbeteiligung

- Fachkonferenz Teilgebiete
- Regionalkonferenzen
- Fachkonferenz Rat der Regionen
- weitere Dialog- und Informationsangebote

UNSere Zukunft gestalten!

Atommüll- Endlagersuche

Akteure



BMU, Bundestag, BASE, BGE mbH und NBG

Das BMU trägt die politische und administrative Gesamtverantwortung im Bereich Endlagerung.

Der Deutsche Bundestag entscheidet nach jeder Verfahrensstufe per Gesetz das weitere Vorgehen.

Als Kontroll- und Aufsichtsbehörde bewertet die BASE die Ergebnisse der BGE mbH und schlägt der Bundesregierung den Endlagerstandort vor. Es beteiligt die Öffentlichkeit und informiert umfassend über das Verfahren, organisiert die festgelegten Konferenzen und Gremien und bietet informelle Beteiligungs- und Dialogangebote an.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) ist Vorhabenträgerin und für das operative Geschäft des Verfahrens zuständig. Es erarbeitet Vorschläge für die Standortauswahl und führt die Erkundungen durch.

Das Nationale Begleitgremium NBG besteht aus anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und hinzugewählten Bürgern und Bürgerinnen. Es begleitet das Verfahren unabhängig und vermittelnd.

UNSere Zukunft gestalten!

Atommüll- Endlagersuche

Ablauf des Verfahrens



... der bestmögliche Standort wird in 3 Phasen gesucht.

- 1. Ermittlung von Teilgebieten und Standortregionen (Fachkonferenzen, Regionalkonferenzen).
Gesetz für weitere Untersuchungsräume in Phase 2**
- 2. Übertägige Erkundung (Erkundungsbohrungen, seismische Messungen).
Gesetz für weitere Untersuchungsrumen in Phase 3.**
- 3. Untertägige Untersuchungen vom mindestens 2 Standorten. Vergleichende Bewertung der Erkundungsdaten führen zu einem Standortvorschlag.
Gesetz für den gefundenen bestmöglichen Standort (2031).**

UN**S***ere Zukunft gestalten!*

Atommüll- Endlagersuche Fachkonferenz Teilgebiete



... ist das Herzstück der Bürgerbeteiligung

bringt Bürger/innen, Experten und Politiker zusammen bevor eine Entscheidung getroffen wird. Kritik und Anmerkungen können den weiteren Auswahlprozess verbessern.

- Auftakttermin im Oktober 2020 wurde von der BASE einberufen
- Eine AG Vorbereitung organisiert die weiteren 3 Termine (Selbstorganisation) bis August 2021
- Grundlage ist der Zwischenberichtes der BGE vom 28.09.2020
- Präsentation der Teilgebiete, Geologische Schwerpunkte, Stellungnahmen Landesbehörden
- Online Beteiligungsplattform: www.onlinebeteiligung-endlagersuche.de
- Parallel können regionale Dialogveranstaltungen stattfinden (Ebene Landkreis)

UNSere Zukunft gestalten!

Atom Müll- Endlagersuche Regionalkonferenzen



Konkrete Teilgebiete werden weiter untersucht

... auf der Grundlage des Zwischenberichtes und der Kritik aus den Fachkonferenzen schlägt die BGE konkrete Teilgebiete vor, wo es weitere Untersuchungen geben wird.

- Untersuchungen des Untergrundes regionalspezifisch
- Regionalkonferenzen diskutieren Ergebnisse
- Deutscher Bundestag entscheidet, welche Regionen übermäßig untersucht werden sollen
- Phase 1 der Endlagersuche ist beendet

Zu klären ist, in welcher Phase/in welchem Teilschritt „weiche“ Faktoren (z.B. Naturschutz- und Wasserschutzgebiete) einbezogen werden.

UNSere Zukunft gestalten!

Atommüll- Endlagersuche Informationen



Hier gibt es weitere Informationen:

www.onlinebeteiligung-endlagersuche.de

www.endlagersuche-infoplattform.de

UNSere Zukunft gestalten!